



**Wolfgang Lemb**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**

**IG Metall / Hans-Böckler-Stiftung – Industriepolitische Konferenz**

**„Europa 2020 – Industriepolitik in Europa“**

**Wohin steuert Europa? Wohin steuert die europäische Industrie?**

**Brüssel, 26. März 2015**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
werte Abgeordnete des Europäischen Parlaments,  
sehr geehrter Herr Direktor Pettinelli,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch ich begrüße Sie und Euch sehr herzlich zu unserer Industriepolitischen Konferenz. Ich freue mich, dass so viele unserer Einladung gefolgt sind.

Eine der stabilsten Säulen der Volkswirtschaft ist die Industrieproduktion. Dieser Satz gilt mittlerweile wieder als Binsenweisheit. Das war nicht immer so.

Es ist noch nicht lange her, da hätten Industrie und Industriepolitik gute Chancen gehabt, zum Unwort des Jahres zu werden. Die Eliten in Politik und Wissenschaft setzten voll und ganz auf den Dienstleistungssektor und schrieben die Industrie ab. Um die Jahrtausendwende sahen viele Wirtschaftsexperten die ökonomische Zukunft in der Informationstechnologie und der sogenannten new economy. Die Blase ist, wie wir wissen, bald geplatzt.

Und heute?! Heute füllen wir mit einer industriepolitischen Konferenz ganze Säle.

Die für Europa schon vor langem totgesagte Industrie hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Sie ist zum Teil drastisch geschrumpft, aber es gibt sie immer noch. Und, sie ist immer noch von großer Bedeutung!

Viele europäische Länder verdanken der Industrie ihren Wohlstand und Europa als Ganzes verdankt ihr seine wirtschaftlich starke Position im gegenwärtigen Weltgefüge.

Werfen wir einen Blick zurück in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, da hatte der wirtschaftliche Neubeginn in Europa ganz wesentlich seine Basis in der Kohle- und Stahlindustrie. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der EGKS, haben die Grundstoffindustrien die Voraussetzung für das dann folgende Wirtschaftswunder geschaffen.

Der einsetzende Aufschwung der traditionellen Industrieländer in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts lässt sich gut an den rasch anwachsenden Produktionszahlen für zum Beispiel Automobile, Fernseher, Weiße Ware und andere Konsumgüter ablesen. In dieser Zeit entstanden Wirtschaftsregionen, in denen man fast alle Produzenten einer ganzen Wertschöpfungskette in unmittelbarer Nähe vorfinden konnte. In Europa entstanden länderübergreifende Netzwerke von Unternehmen, von grundlagen- und anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen und von staatlichen Fördereinrichtungen.

Die Vielzahl historisch gewachsener und spezifischer Wirtschaftskulturen macht die Einzigartigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes aus.

Wir Europäer haben den Prozess der europäischen Integration zurecht als ein ständiges Mehr an Wohlstand für Viele wahrgenommen.

Heute, fast 65 Jahre nach der Gründung der EGKS steht Europa an einem Scheideweg. Die in vielen Ländern der EU dramatisch hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen und ein drastischer Sozialabbau haben bei vielen Menschen zu einem massiven Vertrauensverlust in die Europäische Union und ihre Institutionen geführt. Verständlicherweise ist dies besonders bei den Menschen in den Staaten, in denen die Krise noch immer den Alltag bestimmt, zu beobachten. Die neue Regierungskoalition in Griechenland ist ein Ergebnis dieser Abkehr von der EU. Sie stellt sich gegen die vorherrschende EU-Politik und mit ihrer Kritik an der rigiden Sparpolitik liegt sie richtig. Sie hat eine faire Chance verdient.

Welches Europa wir in fünf oder zehn Jahren haben werden, wie die Union 2020 oder 2025 aussieht, hängt entscheidend davon ab, ob und wie wir reale Werte, Arbeit und soziale Sicherheit schaffen.

Wie konnte es zu dem drastischen Wandel der Industrie kommen? Und vor allem, wie können wir das Blatt wieder zum Besseren wenden?

Wir haben diese Fragen Wissenschaftlern aus zehn europäischen Mitgliedsländern gestellt. Die Antworten auf diese Fragen sind in einem Sammelband nachzulesen, der im Foyer ausgelegt ist.

Was sagen uns nun die Wissenschaftler? Der schleichende Bedeutungsverlust der Industrie setzte in den europäischen Ländern weit vor der Finanz- und Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 ein und ist keineswegs das Resultat nur dieser Krise. Der Verlust von Industriearbeitsplätzen und ganzer Standorte ist nicht nur konjunkturellen Einbrüchen zuzuschreiben. Auch strukturelle Probleme - wie fehlende Investitionen in Forschung und Innovationen, Korruption und Steuerhinterziehung – haben ihn verursacht.

Die „Marktgläubigkeit“ in den meisten Ländern machte den Verzicht auf Industrie scheinbar leicht verschmerzbar. Es wurde zu wenig für die europäischen Industrien und für die Schaffung realer Werte getan.

Ignoriert wurde, dass die Industrie ein komplexes System von Netzwerken beziehungsweise Clustern ist, die gewissermaßen wie Zahnräder ineinandergreifen. Dieses System wird aufrechterhalten, stabilisiert und weiter entwickelt durch ein Zusammenspiel industriepolitischer Akteure – der Unternehmen und ihrer Verbände, der Forschungseinrichtungen, der staatlichen Institutionen sowie der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen. Mitbestimmung ist in diesem Gefüge ein ganz wesentlicher Faktor und sie ist ein Kennzeichen des europäischen Sozialmodells.

Werden einzelne Elemente in diesem System leichtfertig aufgegeben, wird der Abbau von Industrie in Kauf genommen, wird dies gar positiv als Übergang in eine Dienstleistungsökonomie gesehen, dann kann sich eine Abwärtsspirale ergeben, wie sie in weiten Teilen Europas zu beobachten ist.

Denn gerade in den sogenannten Krisenländern wurde in den letzten Jahrzehnten versäumt, die De-Industrialisierung und Exportschwäche der eigenen Wirtschaft zu stoppen. Die EU-Politik zielte auf Eingriffe in die Tarifverträge, auf Schwächung der

Gewerkschaften, auf die bekannte, angebotsorientierte Politik, die zu einer massiven Nachfrageschwäche führte.

Ganz anders die Situation in Deutschland, wo sich in der Reaktion auf die Krise in 2008 das deutsche Modell der Mitbestimmung bewährte. Deutschland befindet sich mit einer Vielzahl von wettbewerbsfähigen Unternehmen und einem relativ hohen Anteil der Industrie an der Wertschöpfung in einer deutlich besseren Situation. Die deutsche Industrie hat sich frühzeitig auf die neuen Märkte in Asien eingestellt. Dort agiert sie recht erfolgreich – bei übrigens hohen Löhnen in den exportorientierten Industriebranchen.

Auch wenn die Bilanz für viele europäische Länder ernüchternd ist, schaue ich optimistisch auf Europa. In Spanien, Italien, Frankreich oder der früheren Industrienation Großbritannien gibt es industrielle Stärken, die noch nicht verloren gegangen sind. Sie können Ansatzpunkte für eine Re-Industrialisierung sein.

Für eine Kehrtwende, für einen Kurswechsel brauchen wir jetzt die richtigen politischen Weichenstellungen. Der Kurswechsel soll die industrielle Realwirtschaft stärken – und dies gerade in den Ländern, die immer noch schmerzlich unter der Krise leiden.

Die Europäische Kommission hat den Ernst der Lage und die Notwendigkeit einer Re-Industrialisierung erkannt. Sie hat eine Wende in der europäischen Industriepolitik eingeleitet. Seit 2010 hat sie mehrere Mitteilungen veröffentlicht, die diesem Ziel verpflichtet sind.

Aber die Erfolge bleiben bislang aus. Die De-Industrialisierung geht weiter. Das Ziel der Kommission, bis 2020 den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt auf 20 Prozent zu steigern, rückt mehr und mehr in weite Ferne.

Anstatt die 20 Prozent vor Auge zu haben, sind wir froh, nicht weiter unter die 15-Prozent-Marke zu fallen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen uns endlich im Klaren darüber werden, dass dem Patienten die falsche Medizin verordnet wurde. Dem Patienten wurde eine bis zur Erschöpfung führende Sparsamkeitsdiät verabreicht.

Was der Patient aber braucht, sind keine simplen Rezepte, sondern eine komplexe, nachfrageorientierte Politik. Diese muss mit einer pro-aktiven Industriepolitik gekoppelt sein, die den Weg zu neuem, qualitativem Wachstum, zu Investitionen in Europa und zu mehr Arbeitsplätzen ebnet.

Das ist leichter gesagt als getan – ich weiß. Ich habe bereits eingangs auf die Komplexität des Industriesystems hingewiesen. Lassen Sie mich / lasst mich drei zentrale Bausteine nennen, die unserer Meinung nach zu einer pro-aktiven Industriepolitik gehören:

### **1. In Europa muss wieder mehr investiert werden!**

Wollen wir für Europa die dringend benötigte Konjunkturbelebung, wollen wir neue, gute Arbeitsplätze schaffen, wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern, dann gibt es keine Alternative: Wir müssen massiv investieren.

Junckers Investitionsplan ist dafür ein guter Anfang. Er greift Forderungen der Gewerkschaften nach einem Marshallplan für Wachstum und Beschäftigung in Europa auf. Junckers Investitionsplan reicht aber bei weitem nicht aus.

Im Mittelpunkt steht der „europäische Fonds für strategische Investitionen“ mit einem Anfangskapital von 21 Milliarden Euro - 16 Milliarden Garantien aus dem EU-Haushalt und fünf Milliarden EIB-Kredite. Also kein frisches, zusätzliches Geld.

Mit diesen Garantien sollen private Investitionen in risikobehaftete Projekte und langfristige Investitionen abgesichert werden. Nach der Planung sollen so insgesamt 315 Milliarden Euro für Investitionen mobilisiert werden.

Wie gesagt, ein guter Ansatz, der aber einige Fallstricke birgt:

Wer sagt uns, dass private Investoren trotz der Risikoübernahme überhaupt bereit sind, in einen schrumpfenden europäischen Markt zu investieren. In Europa fehlt eine nachhaltig wachsende private und öffentliche Nachfrage. Risikoübernahme allein reicht da nicht aus. Denn ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Die europäische Industrie ist in den dynamisch wachsenden Märkten in Asien und USA mit local-content-Vorschriften konfrontiert, die sie geradezu zwingen, in diesen Märkten zu investieren. Befürchten muss man daher, dass Investitionen in den europäischen Heimatmärkten unterbleiben.

Außerdem: 315 Milliarden Euro erscheinen nur auf den ersten Blick als gigantische Summe. Nur zur Erinnerung: für die Rettung der sogenannten systemrelevanten Banken wurden eine Billion Euro von den Steuerzahlern, also von uns allen - na sagen wir von fast allen außer Starbucks und Co - eingesammelt. Und gegenwärtig gibt es in Europa über 30 Billionen Euro privates Netto-Anlagevermögen. Die Politik muss erreichen, dass dieses Geld vom Finanz- und Spekulationsmarkt in die reale Wirtschaft fließt!

Die als Initialzündung gedachten 21 Milliarden Euro müssen deutlich aufgestockt werden. Das ist realistisch und möglich:

→über eine einmalig europaweit auf besonders große Vermögen erhobene „Investitionsförderungsabgabe“. Damit ließen sich über 100 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen.

→über 80 Milliarden Euro, die gegenwärtig im European Stability Mechanism (ESM) gewissermaßen geparkt und nicht genutzt werden, bis wieder „systemrelevante“ Banken zum Retten anstehen. Dieses Geld wird aber jetzt gebraucht.

Und wir sehen noch weiteren Handlungsbedarf: Der Juncker-Plan muss zu einem echten Investitionsfonds, der auch direkt investiert, ausgebaut werden.

Der europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSD) muss in eine langfristige Investitions- und Modernisierungsagentur für Europa ausgebaut werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

und damit komme ich zum zweiten Baustein einer zukunftsweisenden Industriepolitik.

## **2. Es geht kein Weg an dem sozial-ökologischen Umbau unserer Industrie vorbei.**

Industrielle Produktion und das produzierende Gewerbe werden einen sehr großen Anteil am Erfolg des Juncker-Plans haben.

Ein Beispiel: Wir reden viel über Elektromobilität und über nachhaltige Mobilitätssysteme in Europa. Dieses Thema geht weit über das Elektroauto hinaus. Dass wir immer noch Lokomotiven bei grenzübergreifenden Bahnverkehren ab- und ankoppeln müssen, hat nichts mit der fehlenden Technik zu tun. Es fehlen die Investitionen in das European Rail Traffic Management System.

Schlüssel für den Erfolg des Juncker-Plans ist der sozial-ökologische Umbau unserer Industrie.

Die folgende Frage ist schlüssig zu beantworten: Wie kann eine konkrete Industrieförderung sicherstellen, dass die Megathemen der Zukunft von der europäischen Industrie als Chance genutzt werden? Stichpunkte dazu sind Energiewende, nachhaltige Mobilität, Digitalisierung, Lebensqualität sowie die Sozial- und Gesundheitsdienste in Gesellschaften mit einem steigenden Anteil älterer Menschen.

In all diesen Feldern liegt ein riesiges Innovationspotenzial für die europäische Industrie. Durch eine gezielte Industrieförderung muss eine möglichst große Vielfalt an technologischen Kompetenzen teilweise aufgebaut, teilweise weiterentwickelt werden.

Dies gilt gerade auch für jene Spitzentechnologien, in denen Europa international an Boden verloren hat, wie bei der Mikroelektronik, der Batterie- und Telekommunikationstechnik.

Wo sind die Investitionen in die Energiespeicherungstechnik? Hätte Europa in der Batterietechnik die Nase weltweit vorn, würde dies für alle Unternehmen, die auf clevere Speichertechnik angewiesen sind, einen enormen Schub bedeuten.

Wir brauchen eine Industriepolitik, die nicht nur auf die aktuellen sektoralen Stärken setzt. Es muss eine verstärkte Innovationsförderung auch in den Branchen erfolgen, die nicht unbedingt Spitzentechnologie produzieren. Ohne die enge Kooperation mit Technologieanbietern im Spitzen- und mittleren Technologiesegment lassen sich keine komplexen Innovationen, etwa im Bereich neuer Antriebstechniken oder automatisierter Produktionsverfahren, realisieren.

Hier ist aber nicht nur die Politik als Weichensteller gefordert. Die Industrie selbst muss endlich eine klima- und ressourcenschonende Produktion zur Grundlage ihres Handelns machen. Wir, die Europäer, müssen ganz vorne sein, wenn es darum geht, die besseren, weil energiesparenden und umweltverträglichen Produkte, zu schaffen. Unsere heimische Industrie soll sich nicht beim Kostendrücker zu Lasten der sozialen Sicherheit hervortun, sondern bei den Innovationen, bei den besseren Produkten!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

### **3. Qualifizierte Beschäftigte als Rückgrat einer modernen Industrie**

das Rückgrat unserer Industrie sind die Beschäftigten – damit bin ich beim dritten und für uns zentralen Baustein angelangt.

Es sind vor allen die Beschäftigten, die durch Innovationen die betrieblichen Abläufe und die Produkte verbessern und so zum Unternehmenserfolg beitragen.

Dafür müssen allerdings zentrale Voraussetzungen gegeben sein:

Voraussetzung eins: Qualifikation und Kompetenz, mit denen sich Beschäftigte einbringen können. Der Erfolg der deutschen Industrie ist durch diese Faktoren zu erklären. Hochqualifizierte Forscher und Entwickler - vor allem im Ingenieurwesen - arbeiten mit Meistern und Technikern, den viel beschworenen Fachkräften also, Hand in Hand.

Voraussetzung zwei: Mitbestimmung und Beteiligung, die auch gewollt sind. Zu einer erfolgreichen Industriepolitik gehört die konkrete Beteiligung von Arbeitnehmern und ihren Vertretern an wirtschaftlich-strategischen Unternehmensentscheidungen. Nur wirkliche Mitwirkung und Mitbestimmung an dem, was ein Unternehmen plant und produziert, führt dazu, dass die Beschäftigten sich in hohem Maße für die Unternehmensziele einsetzen.

Voraussetzung drei: Beschäftigte, die sich innovativ einbringen, weil sie gute Arbeitsbedingungen haben, also wertgeschätzt und anerkannt werden. Und: für gute Arbeit muss es einen guten Lohn geben. Dazu ist das beste Instrument ein zwischen den Sozialpartnern ausgehandelter und verbindlicher Flächentarifvertrag. Allen Gedankenspielen und Vorhaben seitens Teilen der Politik und der europäischen Verwaltung, diesem konstitutiven Element einer erfolgreichen industriellen Wirtschaft mit einer sogenannten beschäftigungsfördernden Flexibilität zu begegnen, wird die IG Metall massiv entgegentreten. Eine faire und gerechte Entlohnung, eine frei verhandelte Lohn- und Gehaltsfindung sind die Voraussetzung für ein nachhaltiges Engagement der Belegschaften. Der Flächentarif sorgt für die nötige Nachfrage und sichert damit dauerhafte Arbeitsplätze. Sichere Arbeitsplätze wiederum fördern beiderseitige Loyalität, also des Unternehmens zum Mitarbeiter, des Mitarbeiters zum Unternehmen.

Ich habe bereits erwähnt, Forschung und Entwicklung sind unverzichtbar, will man sich mit innovativen Produkten am Markt behaupten. Wer aber forscht und entwickelt, wenn nicht die Beschäftigten! Durch konsequente Qualifizierung und Weiterbildung gilt es, das Know-how auf dem neusten Stand zu halten. Dies wird mit Menschen gelingen, die gefördert werden, die einen guten Lohn für ihre gute Arbeit

bekommen und die nicht in permanenter Angst um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes leben müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

was braucht es für eine erfolgreiche Industriepolitik?

- 1) Wir brauchen eine klare Verständigung darüber, in welche Industrien und Technologien investiert werden soll. Hierzu brauchen wir ein möglichst weitgehendes, gemeinsames europäisches Vorgehen.
- 2) Wir brauchen ausreichende Mittel für langfristige Investitionen und eine Politik des langen Atems!
- 3) Wir müssen uns lösen von engem national begrenzten Denken. Europäische Projekte, die insbesondere die benachteiligten Regionen im Blick haben, sind für ein Europa der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion gefordert und dienen allen.
- 4) Unsere Politik dient keinem Selbstzweck. Sie soll erfolgreich Arbeit und Wohlstand schaffen. Sie hat den europäischen Gesellschaften und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu dienen. Nur mit deren Beteiligung werden wir es schaffen, unsere Industrie zu erhalten, zu modernisieren und auszubauen.

Um diese vier Punkte zusammen zu fassen: nachhaltige aktive Industriepolitik muss

- ökonomisch effektiv,
- schadstoffarm und ressourcenschonend,
- sozial verträglich,
- regional ausgewogen,
- und demokratisch mit Beschäftigten sowie ihren Gewerkschaften gestaltet werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.